

AntragsstellerIn: Jusos Nordost

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

## **Jetzt mal grundlegend!**

Ein Beitrag zur Profilbestimmung jungsozialistischer Gesellschaftspolitik

### **I. „Was heute Utopie ist, wird morgen von Fleisch und Blut sein“**

*(Victor Hugo, Les Misérables)*

Dem Kapitalismus gilt es einen kollektiven Gegenentwurf der Emanzipation entgegenzusetzen. Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist dies der „Demokratische Sozialismus“. Der Verwirklichung dieser Gesellschaftsordnung muss eine fundierte Kapitalismuskritik voraus gehen. Dies muss die Grundlagen jungsozialistischer Praxis darstellen.

Die im Jahre 2008 veröffentlichten Thesen des Juso-Bundesvorstandes für eine Linke der Zukunft bilden hier eine fundierte und wichtige Basis. Eine Weiterentwicklung und Diskussion im Verband über die theoretische Negierung des Kapitalismus erscheint allerdings angebracht, da unsere Diskussionen oft die gegenwärtigen grundlegenden kapitalistischen Verhältnisse der Gesellschaft als gegeben annehmen – gerade auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, für die sich Juso-Arbeit gerne als Plakate-Kleben und Flyer-Verteilen darstellt, die von „Sozialismus“ nicht gerne spricht und Personaldebatten vor inhaltliche Auseinandersetzungen stellt. Auch wenn man zwischen Reformation und Revolution - um mit Rosa Luxemburg zu sprechen - nicht „wie zwischen kalten und heißen Würstchen wählen kann“ und der demokratische Sozialismus kein festes Ziel einer dauerhaften Gesellschaftsform darstellt, lohnt es sich Gedanken zu machen, da wir der konkreten Ausgestaltung leider zu wenig Augenmerk schenken. Ziel dieses Diskussionspapiers soll es sein, innerhalb einer gemeinsamen Juso-Linken die Debatte über unsere Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft anzuregen und zu fördern.

Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass es einen Masterplan zum Sozialismus gibt und es Aufgabe einer Avantgarde wäre, die „Massen“ dorthin zu führen. In Erwägung der Opfer der kapitalistischen Ausbeutung muss sich unser Gegenentwurf radikal vom Bestehenden unterscheiden. Gleichzeitig muss das Neue sich aber im Existierenden vorwegnehmen. Häufig und treffend wird in diesem Zusammenhang Marx zitiert: Der

„Kommunismus als die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung.“

Ernst Bloch spricht in diesem Zusammenhang von der „konkreten Utopie“. Es geht also in erster Linie nicht darum, einem Endziel hinterherzujagen, das erst theoretisch entwickelt werden muss, um es dann umzusetzen, sondern um die Analyse des Bestehenden und dessen Aufhebung. Traditionell gesprochen heißt dies also die Zustände aufzuheben, in denen der Mensch ein geknechtetes und entwürdigtes Wesen ist und sich nicht voll entfalten kann. Konkret heißt dies, eine Gesellschaft mit größtmöglicher Freiheit, die aber politische Ordnungsrahmen setzt, um jene an Hand folgender drei Punkte zu schützen.

- 1) Die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse nach Gesundheit, Ernährung, Wohnen und Bildung muss global sichergestellt werden
- 2) Die Produktion muss so umgestaltet werden, dass die Natur nicht unnötig belastet wird.
- 3) Das Demokratieversprechen muss eingelöst werden. Das heißt allgemeine Partizipationsmöglichkeiten, Zugang zu Medien etc.

### **Darum auf!**

Es gilt eine unmittelbare Demokratisierung von Gesellschaft und Arbeit einzuleiten, gesellschaftliche Kontrolle über Produktion, Verteilung, Konsum, Finanzmärkte zurückzuerlangen, eine Verschiebung hin zu gesellschaftlichem Eigentum in Gang zu setzen und eine ökologische Umgestaltung der Ökonomie zu erzwingen. Anders ausgedrückt: Es fehlt nicht an Ansatzpunkten, sondern an Konfliktbereitschaft. Utopie bedarf der Macht, der Gegenmacht. Diese Beschränkungen kapitalistischer Märkte provozieren Widerstand. Sowohl in der Gesellschaft, als auch im Staat. Es reicht aber nicht, den Staat als Machtinstrument der herrschenden Klassen zu begreifen – was er zwar ist, aber nicht ausschließlich – sondern als Ort der politischen Autonomie. Das impliziert Gramscis „Gegenhegemonie“, aber auch eine Bewegung *gegen* den Staat, die notwendigerweise auch *im* Staat erfolgen muss.

Der Kapitalismus definiert Arbeit in erster Linie als Lohnarbeit, die sich auf Wachstum stützt. Es geht in unserer Vorstellung aber nicht darum, immer *mehr* zu produzieren, sondern *besser* und *innovativer*, es geht um Erfindungen, die das Leben vereinfachen, Umweltbelastungen verringern und darum, zu erkennen, dass "immer mehr" keinen wirklichen Mehrwert produziert. Diese innovative Form des Wirtschaftens muss mit einer flexiblen

und autonomen Ökonomie verbunden werden. Dies ist die fundamentale Ablehnung und Kritik eines zentralistischen Staatsbürokratismus, der sich auch als Sozialismus bezeichnet hat.

Auch in einer sozialistischen Gesellschaft kann es dezentrales Eigentum geben. Dies ist allerdings nicht privat, sondern genossenschaftlich, gemeinschaftlich oder kommunal organisiert. Entscheidend ist eine Mischung von Eigentumsformen und ein starkes Gegengewicht zum kapitalistischen Privateigentum an Produktionsmitteln.

Das sozialistische Projekt, das wir ausgestalten wollen, lässt sich in fünf Thesen zusammenfassen:

1. Unsere Utopie lässt sich nicht *planen*. Es gibt keinen Königsweg zur Freiheit und Emanzipation. Ziel muss die Kontrolle der gesellschaftlichen Mehrheit über Ökonomie und Arbeit sein.
2. Der Umgang mit Ressourcen (Natur und Arbeit) muss, wie oben definiert, rational erfolgen. Demokratische Regulationen müssen sich gegen den Akkumulations- und Profitzwang stellen.
3. Der Sozialismus überdenkt sein Verhältnis zur Technik. Er ist weder technikfeindlich noch fortschrittsgläubig. Wenn die Energieversorgung zentral gesteuert wird, ist sie, egal ob mit Kohle, Atom oder Wind, autoritär. Hier geht es also nicht ausschließlich um die Nutzung der Technik, sondern auch um die Anwendungen und die Formen.
4. Unsere Vorschläge sind marktkritisch. Solidarität und Kooperation stehen im Mittelpunkt. Der demokratische Sozialismus ist somit radikal demokratisch. Zentrale Kriterien müssen die Partizipations- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bevölkerung sein.
5. Entscheidend ist die Eigentumsfrage. Herrschaft und Entscheidungen einer Gesellschaft hängen mit der Eigentumsform zusammen. Wir wollen nicht das Eigentum als solches abschaffen, sondern das bürgerliche Eigentum: Nicht das Eigentum an dem Buch, das ich gerade lese oder der Wohnung, in der ich wohne, soll abgeschafft werden, sondern das Eigentum im Großen Stil: an Produktions- und Investitionsgütern. Das bürgerliche Eigentum an Produktionsmitteln erzeugt Ungleichheiten und Klassenherrschaft. Staatseigentum bringt Machtzentralisation mit sich. Der Schlüssel ist also die demokratische Kontrolle über das dezentrale, nicht-private Eigentum.

Wie wir gesehen haben, hat Sloterdijk mit seinem „Du musst dein Leben ändern“ unrecht. Über individuelles Handeln lässt sich alleine nichts ändern. Der gesellschaftliche Gegenentwurf beginnt beim Individuum, muss aber als kollektives Projekt organisiert werden.

## **II. Waiting for wonderland? - Wir arbeiten jetzt dran**

**„It's the economy, stupid!“ (Bill Clinton)**

Der Pragmatismusbegriff muss vom Neoliberalismus gelöst werden. Dazu benötigt die politische Linke – will sie sich nicht ins Abseits katapultieren lassen – eine konsistente ökonomische Analyse, die eine Alternative zum neoklassischen Mainstream anbietet. Marxsche Ökonomiekritik und (post-)keynesianische Ansätze, die neoklassischen Autismus zu überwinden suchen, sich stattdessen auf Erkenntnisse der klassischen politischen Ökonomie stützen, und Verteilungsfragen aufwerfen, können Bausteine für eine alternative Strategie liefern. Umverteilung von oben nach unten gehört aufs wirtschaftspolitische Tableau gehoben – und zwar nicht allein aus moralischen, sondern ebenso aus ökonomischen Erwägungen.

**... alle sind gleich, nur manche sind gleicher.**

Die politische Debatte, insbesondere in sozialpolitischen Gefilden, ist gemeinhin auf Gerechtigkeit fixiert. Bekenntnisse zur Leistungsgerechtigkeit und das Einfordern sozialer Gerechtigkeit sind zu politischen Gemeinplätzen geworden, auf denen sich alle Parteien – gleich welcher Couleur – tummeln. Dies legitimiert jedoch Ungleichheit. Schließlich, so die häufig vorgebrachte Begründung, trügen die Menschen in höchst unterschiedlichem Maße zur gesellschaftlichen Wertschöpfung bei. Folglich sei eine ungleiche Verteilung der Einkommen schlichtweg gerecht und somit nur zu begrüßen. Die Forderung nach Gleichheit ist hingegen verpönt und geistert allenfalls als Ruf nach Chancengleichheit durch die Öffentlichkeit. Man müsse, so der amerikanische Philosoph John Rawls, dafür sorgen, dass alle dieselben Startbedingungen haben. Was sie daraus im Laufe ihres Lebens machen, falle jedoch höchst unterschiedlich aus. Ungleichheit sei sinnvoll, Sorge sie doch dafür, dass die gesamte Gesellschaft einen beträchtlichen Nutzen aus dem Aufstieg Einiger ziehe. Die Ungleichheit im Ergebnis sporne zu Leistungen an, die Reichen hievten die Armen in ungekannte Höhen. Alle profitierten.

Ein Blick in die Statistik lässt jedoch Zweifel an der Gültigkeit des unterstellten positiven Zusammenhangs zwischen Ungleichheit und gesellschaftlichem Nutzen aufkommen. Kate Pickett und Richard Wilkinson zeigten, dass ökonomisch gleiche Gesellschaften weniger Probleme haben: Mord, Suizid, Fettsucht, Kindersterblichkeit, psychische Krankheiten, Zahl der Inhaftierten, Bildungsstand von 15-jährigen, soziale Mobilität, Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern – bei all diesen Kennziffern schneiden Gesellschaften mit egalitärer Einkommensverteilung durchweg besser ab als Länder, in denen die Kluft zwischen Arm und Reich groß ist. Von einer egalitären Verteilung des Wohlstands, so die entsprechende Schlussfolgerung, profitieren letztlich alle – Arme und Reiche.

Wir Jusos setzen uns daher dafür ein, ein größeres Maß an Gleichheit zum Ziel sozialdemokratischer Politik zu erheben. In der aktiven Umverteilung des gesellschaftlich produzierten und privat angeeigneten Reichtums von oben nach unten sehen wir das entsprechende und geeignete Instrument. Diese Forderung ist nicht neu, gehörte ein Mehr an Gleichheit doch einst zu den unbestrittenen Anliegen der ArbeiterInnenbewegung. Uns geht es nicht darum, die Idee der Gerechtigkeit zu diskreditieren. Unser Anliegen ist es, den Begriff der Gleichheit zu rehabilitieren und für eine egalitärere Verteilung des Wohlstands einzutreten.

### **Der diskursive Schlüssel – Gegenhegemonie in Zeiten des Neoliberalismus**

Um unsere Ziele durchzusetzen, müssen wir auf den Alltagsverstand und die öffentliche Meinung einwirken. Ein Gegenentwurf zum Neoliberalismus muss sukzessive zu einer Gegenhegemonie aufgebaut werden. Der Ort, an dem dies geschieht, ist die Zivilgesellschaft. Die Eroberung politischer Macht reicht nicht aus, um Veränderungen in unserem Sinne zu erwirken, eine neue Vorstellung von Pragmatismus oder die Rehabilitierung des Gleichheitsbegriffs lassen sich nicht per Gesetz verordnen.

Neben der Arbeit in den Parlamenten kommt folglich der Erlangung kultureller Hegemonie im Sinne des italienischen Philosophen Antonio Gramscis eine zentrale Bedeutung zu. Diese wird in den Medien, auf der Straße, in den Schulen und Universitäten, in der Mensa, auf dem Fußballfeld und in der Kneipe hergestellt. Eine solche Hegemonialstrategie stößt jedoch an ihre Grenzen. Selbst eine parlamentarische Mehrheit, gestützt auf eine zivilgesellschaftliche Hegemonie, hat mit erheblichen Widerständen zu kämpfen. Bei einer Auslotung der Gestaltungsmöglichkeiten tritt neben der politischen und der kulturellen auch die ökonomische Sphäre. In dieser sind die Mittel ungleich verteilt – zugunsten des Kapitals und zulasten der Arbeit.

Im Staat verdichten sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Hier treffen materielle und ideelle Sphäre aufeinander, Basis und Überbau geben sich ein Stelldichein. Er bereitet das Terrain für gesellschaftliche Auseinandersetzungen. Der Staat ist jedoch keine neutrale Arena, in der Gleiche miteinander um Einfluss ringen. Er „übersetzt [...] den objektiven Zwangscharakter der gesellschaftlichen Reproduktion in politische Form“ (Johannes Agnoli). Er ist allerdings weit mehr als ein Klassenstaat, der als bloßes Instrument zur Durchsetzung der Interessen einer herrschenden Klasse fungiert. Verschiebungen im Gefüge gesellschaftlicher Kräfte und das Erringen von (Teil-) Erfolgen sind durchaus möglich. Dieser Begrenztheit politischer Gestaltungsmöglichkeiten muss bei der Formulierung einer Strategie Rechnung getragen werden. Maximalforderungen werden sich kaum durchsetzen lassen, schon gar nicht allein in den Parlamenten. Dennoch ist die Arbeit in und an den Staatsorganen unerlässlich, sollen Freiheit und Gleichheit vorangetrieben werden.

### **To be continued**

Der Fall der Berliner Mauer und die Implosion der Sowjetunion veranlassten nicht wenige politische FeuilletonistInnen zur lustvollen, jedoch etwas voreiligen Verkündung des „Endes der Geschichte“. Liberale Demokratie und Marktwirtschaft, so der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama, seien nun alternativlos geworden. Die politischen Widersprüche, welche die Welt noch bis vor Kurzem durchzogen, zu ihrer endgültigen Aufhebung gelangt; die letzte Synthese schien vollzogen.

Doch die seit 2007 schwelende Finanz- und Wirtschaftskrise verhalf der Geschichte zu einem fulminanten Comeback und katapultierte Kapitalismuskritik auf die Agenda. Die Krise des ökonomischen Systems stellt das Fukuyamasche Diktum von der Posthistorie in Frage und verlangt, nach einer Wirtschaftsordnung jenseits des Kapitalismus zu suchen. Gleichzeitig sind wir uns bewusst, dass nicht jede Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft gleichbedeutend mit ihrer progressiven Aufhebung ist. Reaktionäre Kapitalismuskritik, die Individualisierung infrage stellt und Kollektive zur normativen Kategorie erhebt, lehnen wir ab. Gleiches gilt für verkürzte Kapitalismuskritik, die den Handlungsspielraum von AkteurInnen überbetont und darüber Strukturen aus den Augen verliert.

Wir Jusos Berlin feilen am Projekt „Demokratischer Sozialismus“. Wir streben nach einer Gesellschaft der Freien und Gleichen.